Bericht aus der Kabinettssitzung vom 6. Dezember 2016

6. Dezember 2016

1. Staatsregierung beschließt Konzept zur Bekämpfung des Politischen Islam / Ministerpräsident Horst Seehofer: „Bayern greift hart durch gegen Hass, Gewalt und Unterdrückung, um freiheitliche Ordnung und Sicherheit zu verteidigen / Starke Antwort des Rechtstaats mit Prävention und Repression / Klares Bekenntnis zur Leitkultur“

2. Bayerische Polizei und Bundespolizei verstärken gemeinsame Kontrollen an den Grenzen zu Österreich / Innenminister Joachim Herrmann: „Möglichst lückenlose Kontrollen der grenzüberschreitenden Hauptverkehrswege / Enge Zusammenarbeit zum Schutz vor Terroristen und Schleuserbanden“

1. Staatsregierung beschließt Konzept zur Bekämpfung des Politischen Islam / Ministerpräsident Horst Seehofer: „Bayern greift hart durch gegen Hass, Gewalt und Unterdrückung, um freiheitliche Ordnung und Sicherheit zu verteidigen / Starke Antwort des Rechtstaats mit Prävention und Repression / Klares Bekenntnis zur Leitkultur“

Der Ministerrat hat heute ein Konzept zur Bekämpfung des Politischen Islam beschlossen. Bayern greift hart durch, um die freiheitliche Ordnung und Sicherheit zu verteidigen. Wir lassen nicht zu, dass fanatische Ideologen die Religion des Islam missbrauchen. Ziel ist es, ein friedliches Zusammenleben zu sichern und den Zusammenhalt der Menschen in Bayern zu stärken. Bayern setzt auf ein klares Bekenntnis zur Leitkultur und zugleich auf Aufklärung, Bildungsangebote, Integration durch Ausbildung und Arbeit und den Dialog mit Muslimen. Ministerpräsident Horst Seehofer: „In Bayern gilt Nulltoleranz gegenüber jeglichem Extremismus und Fundamentalismus. Der Politische Islam braucht eine starke Antwort des Rechtsstaates. Wir werden klare Grenzen ziehen und den Politischen Islam mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. In Bayern gibt es keinen Raum für Hass, Gewalt oder Intoleranz.“
Die Staatsregierung setzt auf eine bessere Zusammenarbeit auch mit Vertretern des muslimischen Lebens in Bayern, die sich klar vom Politischen Islam abgrenzen. Seehofer: „Der Islam ist für uns kein Feindbild. In Bayern und Deutschland gibt es kein Problem mit ‚dem‘ Islam, sondern mit Fundamentalisten oder Terroristen, die diese Religion missbrauchen. Die große Mehrheit der Muslime übt ihre Religion friedlich aus, fühlt sich unserer Gesellschaft zugehörig und erkennt unsere gemeinsamen Werte an. Kinderehen, Vollverschleierung und Scharia-Richter haben dagegen keinen Platz in unserer Gesellschaft. Wir erwarten, dass muslimische Verbände sich deutlicher vom Politischen Islam abgrenzen. Das bedeutet auch, sich von ausländischen Geldgebern zu lösen, Offenheit und Transparenz zu leben und aktiv für die Werte unserer freiheitlichen Ordnung zu werben. Ein bloßes Akzeptieren des Grundgesetzes genügt nicht.“

KONZEPT ZUR BEKÄMPFUNG DES POLITISCHEN ISLAM

I. Ausgangssituation

Der Politische Islam bedroht unsere freiheitliche, offene Gesellschaft. Dieser Gefahr zu begegnen, ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Sicherheitsorganen, Kirchen, Schulen und Sozialverbänden, aber auch der Muslime selbst.

1. Der Politische Islam steht für Terror und Gewalt in der ganzen Welt.

Der Politische Islam ist weltweit auf dem Vormarsch. Er führt Kriege und begeht Anschläge unter dem Deckmantel der Religion. Viele Menschen fliehen aus Furcht vor dem Politischen Islam zu uns nach Europa.

2. Der Politische Islam gefährdet unsere Sicherheit.

Die Terroranschläge in Würzburg und Ansbach sowie die jüngsten Festnahmen von islamistischen Kämpfern zeigen die ernste Bedrohung durch einen gewaltbereiten Islamismus in unserem Land. Allein in Bayern gibt es derzeit rund 650 Salafisten; jeder fünfte von ihnen wird vom Verfassungsschutz als gewaltbereit eingestuft.

3. Der Politische Islam richtet sich gegen unsere freiheitliche Art zu leben.

Unsere Werte, unsere Einstellungen und unser Lebensstil sind für ihn Feindbild. Der Politische Islam ist rückwärtsgewandt, totalitär und intolerant; er verachtet Andersgläubige. Sein Ziel ist die kulturelle Dominanz in unserem Land, ein Leben streng nach den Regeln der Scharia. Tolerantes Verhalten wird als Schwäche interpretiert.

4. Der Politische Islam spaltet unsere Gesellschaft.

Er schafft abgeschottete Parallelgesellschaften und verhindert die Integration der Muslime in unserem Land. Der Politische Islam nimmt für sich in Anspruch, für alle Muslime zu sprechen. Er richtet sich gegen die Mehrzahl der Muslime, die friedlich bei uns leben und sich integrieren wollen.

II. Maßnahmen und Forderungen zur Bekämpfung des politischen Islam

1. Der Politische Islam braucht eine starke Antwort des Rechtsstaates.

In Bayern gilt: Nulltoleranz gegenüber jeglichem Extremismus und Fundamentalismus. Wir dulden nicht, dass religiöse Freiheit, Toleranz und Respekt als Schwäche des Staates interpretiert werden. Der Rechtsstaat muss klare Grenzen ziehen und den Politischen Islam mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen. Unsere Antwort lautet: „Sicherheit durch Stärke“: Mit dem im Juli 2016 beschlossenen Sicherheitskonzept stärken wir Polizei, Justiz und Verfassungsschutz weiter im Kampf gegen Extremismus. Wir erwarten dringend, dass auch der Bund und Europa offensiv agieren.

 Im Gegensatz zu anderen politischen Kräften unterstützt die Staatsregierung ihre Sicherheitsbehörden, verbessert ihre Personal- und Sachausstattung in ihrem Entwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 weiter und fordert auch im Bundesrecht bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz.

 Wir setzen insbesondere auf bessere Möglichkeiten des Datenaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden und der Speicherung von Verkehrsdaten, Verschärfungen im Strafrecht (z. B. für islamistisch motivierte Hassbotschaften im Internet und Sympathiewerbung), die Überwachung verurteilter gefährlicher Extremisten mit einer elektronischen Fußfessel und eine konsequente Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern.

 Wer unsere Rechtsordnung zum Feindbild erklärt und bekämpft, wer zu Hass und Gewalt aufruft, dem muss klar sein, dass er außer Landes gebracht und schnellstmöglich abgeschoben wird. Hierfür sind die rechtlichen Voraussetzungen zu verbessern. Der Rechtsstaat muss Handlungsfähigkeit beweisen und darf sich nicht als „Rechtswegestaat“ selbst blockieren.

2. Der Politische Islam muss weltweit bekämpft werden.

Deutschland muss sich künftig stärker am internationalen Kampf gegen islamistischen Terrorismus beteiligen. Wir setzen auf effektive Terrorabwehr durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch unserer Sicherheitsbehörden und Dienste, etwa im Rahmen von Europol. Die EU muss die gesetzlichen und technischen Voraussetzungen für eine Vernetzung der nachrichtendienstlichen und polizeilichen Datenbanken aller EU-Staaten schaffen.

3. Unsere Antwort auf den kulturellen Dominanzanspruch des Politischen Islam ist unsere Leitkultur.
Jeder, der bei uns lebt, muss „Ja“ sagen zu unserem christlich-jüdisch geprägten Wertefundament, zu unserem abendländischen Erbe von Humanismus und Aufklärung, zu unserer offenen und freiheitlichen Gesellschafts- und Rechtsordnung. Wir geben keinen Rabatt, wenn es zum Konflikt mit unserer Leitkultur kommt. Unsere Hausordnung, wie sie im Grundgesetz, in unserer Bayerischen Verfassung und in der Präambel unseres künftigen Bayerischen Integrationsgesetzes festgeschrieben ist, gilt uneingeschränkt. Die Bewahrung und Verteidigung unseres friedlichen und sozialen Miteinanders, unserer Art zu leben und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedeutet:
 Wir dulden keine Parallelgesellschaften. Wir wenden uns entschieden gegen illegale Paralleljustiz. Recht sprechen bei uns rechtsstaatlich legitimierte Richterinnen und Richter – und sonst niemand.
 Ein mittelalterliches Frauenbild, das Frauen versteckt und ihnen ihr Gesicht nimmt, sie als unrein stigmatisiert, ihnen den Handschlag verweigert oder sie zwangsverheiratet, hat bei uns keinen Platz. Echtes Zusammenleben ist für uns nur möglich, wenn wir unserem Gegenüber ins Gesicht sehen können. Burka und Niqab sind eine Uniform des Islamismus. Deshalb arbeiten wir für ein Verbot, wo immer dies verfassungsrechtlich möglich ist.
 Wir machen uns stark für ein Verbot von Kinderehen. Der Bund ist hier in einer besonderen Pflicht. Der Rechtsstaat muss gerade hier klar und konsequent durchgreifen.
 Wir dulden weder Hass noch Aufrufe zur Gewalt in unserem Land. Der Politische Islam ist intolerant, von primitivsten Feindbildern geprägt und er ist gewaltbereit. Das alles gehört nicht zu Deutschland.
 Jede Form von Antisemitismus ist inakzeptabel und wird mit aller Konsequenz des Rechtsstaates bekämpft. Das Existenzrecht Israels ist in Bayern und Deutschland Staatsräson und wird aus voller Überzeugung verteidigt.
 Wir dürfen nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen lassen, wie wir in Deutschland leben möchten. Toleranz darf nicht falsch verstanden werden und zur kulturellen Selbstaufgabe führen; vorauseilender Verzicht auf Schweinefleisch in öffentlichen Kantinen, Kindergärten und Schulen oder gesonderte Badezeiten für Muslime in öffentlichen Schwimmbädern sind der falsche Weg.
 Wer unsere Rechts- und Werteordnung missachtet oder unterläuft, soll mit Sanktionen rechnen. Mit dem Entwurf eines Bayerischen Integrationsgesetzes (Art. 13 f.) setzt die Staatsregierung hier ein klares und unmissverständliches Signal.

4. Wir setzen auf den aufgeklärten Islam in Deutschland.
 Wir fordern die islamischen Gemeinschaften in Deutschland auf, sich deutlich vom Politischen Islam zu distanzieren.
 Die Steuerung und Finanzierung von muslimischen Organisationen und Imamen aus dem Ausland wie z. B. durch DITIB sehen wir kritisch. Wir fordern islamische Organisationen hier zur mehr Autonomie und Transparenz auf.
 Staatlich verantwortete religiöse Bildungsangebote wie der erweiterte „Islamische Unterricht“ in deutscher Sprache in Bayern sind der richtige Weg, um jungen gläubigen Muslimen eine religiöse Bildung im Einklang mit unserer freiheitlich demokratischen Werteordnung zu ermöglichen.
 Wir setzen auf unabhängige wissenschaftliche Forschung zum Islam, wie sie in Bayern zum Beispiel an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg stattfindet.
 Mit geeigneten Gesprächsformaten wollen wir aufgeklärte Muslime direkt ansprechen und zum Dialog anregen.

5. Wir müssen dem Politischen Islam den Nährboden entziehen – durch verstärkte Aufklärung und Prävention.
Der Politische Islam setzt für die Verbreitung seiner Ideen auf Missionierung und Bildung. Wir müssen junge Menschen widerstandsfähig gegen extremistische Einflüsse machen – durch Bildung, fundierte Werteerziehung und Stärkung ihrer Persönlichkeit. Mit einem Bündel von Maßnahmen reagieren wir im Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen den Salafismus. Dazu gehören das Kompetenznetzwerk der „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ an unseren Schulberatungsstellen, Modellprojekte der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, Online-Angebote wie die Internetplattform „Antwort auf Salafismus“ und die Präventionsarbeit im Strafvollzug.

Zum Seitenanfang

2. Bayerische Polizei und Bundespolizei verstärken gemeinsame Kontrollen an den Grenzen zu Österreich / Innenminister Joachim Herrmann: „Möglichst lückenlose Kontrollen der grenzüberschreitenden Hauptverkehrswege / Enge Zusammenarbeit zum Schutz vor Terroristen und Schleuserbanden“

Im Ministerrat stellte heute Innenminister Joachim Herrmann die mit Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vereinbarte Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Bayerisch-Österreichischen Grenze vor. Herrmann: „Wir haben immer gesagt: Solange nicht die EU den Schutz der Außengrenzen gewährleisten kann, müssen wir an den Binnengrenzen die Einreise von Terroristen verhindern und Schleuserbanden das Handwerk legen“. Bayern und der Bund haben sich darauf geeinigt, die Kontrollen an grenzüberschreitenden Hauptverkehrswegen auf der A3 bei Passau, der A8 bei Salzburg und der A93 bei Kufstein zu intensiveren. Kontrolliert wird künftig rund um die Uhr gemeinsam von der Bundespolizei und der Bayerischen Polizei, unter Verantwortung der für grenzpolizeiliche Aufgaben zuständigen Bundespolizei. Die bayerischen Unterstützungskräfte kommen wechselweise von Bereitschaftspolizeistandorten aus ganz Bayern. Damit ist gewährleistet, dass keine Polizeikräfte aus Polizeiinspektionen vor Ort abgezogen werden müssen. Auch die Schleierfahndung im grenznahen Raum wird fortgesetzt. Herrmann: „Die Kontrollen sind kein Selbstzweck, sondern dienen einem klaren Auftrag: Bayern und Deutschland sicherer zu machen. Dazu ziehen die Staatsregierung und die Bundesregierung an einem Strang.“

Zum Seitenanfang

(0 b)